

## Liebe Europäerinnen, liebe Europäer!

Europa durchlebt eine turbulente Zeit. Dies spiegelt sich in den Tagesordnungen der vielen regulären und Sondertreffen der Europäischen Union wider. Eine Fülle an Themen ist in dichter Abfolge zu behandeln.

In den letzten zwei Wochen nahm ich beispielsweise am informellen Treffen der EU-Außenminister im so genannten "Gymnich-Format" teil, so der traditionelle Name für die halb-jährlichen, formlosen Sitzungen der Außenminister der Europäischen Union. Dort wurden Leitlinien der Zusammenarbeit zwischen der EU und der neuen amerikanischen Regierung unter dem zukünftigen Präsidenten Barack Obama festgelegt.

In Marseille tagte kurz darauf der Euromed-Ministerrat der EU-Staaten und der südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers, die gemeinsam die "Union für das Mittelmeer" bilden. Dort beschlossen wir unter anderem, dass das Sekretariat der "Union für das Mittelmeer" in Barcelona seinen Sitz nimmt, dass die arabische Liga an allen Sitzungen teilnehmen kann, Israelis und Palästinenser jeweils einen Vizepräsidenten bekommen, vor allem aber, dass wir eine Reihe von Infrastrukturprojekten für den Mittelmeerraum gemeinsam entwickeln. Mich hat es besonders gefreut, dass eine äußerst konstruktive Atmosphäre herrschte und die Arbeit in dieser großen Runde nicht vom israelisch-arabischen Konflikt überschattet wurde. Unter anderem wurde auch ein deutsches Kooperationsprojekt mit Frankreich und Ägypten zur Förderung der Solarenergie auf den Weg gebracht.

In Brüssel tagte dann Anfang dieser Woche der Rat der Außenminister der EU, der die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Russland zum neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen beschloss. Die Verhandlungen waren wegen des Krieges zwischen Russland und Georgien im August erst einmal unterbrochen worden.

Eine große Rolle spielt natürlich auch die aktuelle Finanzmarktkrise, der ich mich in diesem Newsletter vertiefter widmen möchte. Ich finde, die Europäische Union stellt hierbei ihre internationale Bedeutung eindrucksvoll unter Beweis und unternimmt alle Anstrengungen, dass die Finanzmarktkrise sich nicht - wie vielfach befürchtet - zu einer globalen Wirtschaftskrise auswächst. Das Thema wird uns sicher noch länger in Atem halten. Ich bin der festen Überzeugung, dass einzig die Europäische Union, selbstverständlich im Verbund mit der weltweiten Staatengemeinschaft, rettende und elementare Impulse zur Lösung aktueller und zukünftiger Fragen der Globalisierung geben kann und wird. Und so verbleibe ich mit herzlichen Grüßen



Ausgabe Nov 2008

### Termine

16.– 19. November  
Dienstreise nach  
Tunis/Tunesien und  
Rabat/Marokko

24. November  
Deutsch-Franz. Mi-  
nisterrat in Paris

25. November  
EU-Migrations-  
konferenz in Paris



08. Dezember  
Rat für Auswärtige  
Angelegenheiten in  
Brüssel

11./12. Dezember  
Europäischer Rat in  
Brüssel



## Diesen Monat

Editorial:  
Europäische Themenschau S.1

Mit einer Stimme zum Weltfi-  
nanzgipfel - Zur aktuellen S.2  
Finanzmarktkrise S.3

Impressum:  
Der Newsletter wird herausgegeben von  
Günter Gloser, MdB, Platz der Republik 1,  
11011 Berlin, Tel: 030/227 711 87

Wahlkreisbüro:  
Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg,  
Tel: 0911/4389630

E-Mail: guenter.gloser@wk.bundestag.de  
Internet: www.guenter-gloser.de

## Mit einer Stimme zum Weltfinanzgipfel

Die Schockwellen der Krise, die vor über einem Jahr als US-Immobilienkrise begann, sind auf der ganzen Welt zu spüren. Lange erfolgreiche, international agierende Finanzunternehmen gerieten ins Abseits, mit Island stand ein ganzer Staat kurz vor dem Bankrott und auch Ungarn musste ernsthafte Zahlungsschwierigkeiten anmelden. Auch Unternehmen und Privathaushalte sind mittlerweile von der Krise betroffen: Das Wirtschaftswachstum hat sich drastisch abgeschwächt, einige EU-Länder verzeichnen erstmals seit Jahren wieder einen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Deutschland ist davon bisher noch nicht betroffen. Aber auch in unserem Land wird sich die Krise bemerkbar machen: Alle führenden Forschungsinstitute senkten ihre Wachstumsvorhersagen für 2009 ab. Diese liegen nun zwischen 0,2 und 1,0 Prozent. Der Internationale Währungsfond geht noch weiter und sagt Deutschland ein Nullwachstum voraus. Mancherorts ist von einer drohenden Rezession die Rede, was nichts anderes als einen Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums bedeutet. Wird weniger produziert, so kommen

zwangsläufig weniger Arbeitskräfte zum Einsatz, somit ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit eine direkte Folge. Haben die Privathaushalte weniger Geld zur Verfügung, so steht ein fortgesetzter Konjunkturabschwung zu befürchten. Die aktuelle Finanzmarktkrise droht, wie eingangs skizziert, die üblichen konjunkturellen Schwankungen um ein Vielfaches zu übersteigen und so waren die Staaten und Staatengemeinschaften auf den Plan gerufen. Auch die Europäische Union handelte sofort. Einen guten Überblick über die jüngsten Ereignisse und Maßnahmen liefert eine kurze Chronologie aus europäischer Sicht:

**1. Oktober:** Die Kommission legt neue Vorschläge vor, um das Vertrauen in das Finanzsystem wiederherzustellen. Im Mittelpunkt steht eine Absicherung der Kapitalkraft der Banken durch staatliche Finanzhilfen, die damit verbundene Verringerung der Risiken sowie eine strengere Kontrolle multinationaler Banken.

**8. Oktober:** Europäische und andere Zentralbanken senken in einer beispiellosen aufeinander abgestimmten (konzertierten) Aktion ihre Leitzinsen, damit die Banken wieder leichter an Kapital kommen und um so die Kreditmärkte zu beruhigen. Kommissi-



onspräsident Jose Manuel Barroso (im Bild) richtet eine hochrangige Arbeitsgruppe ein, die Vorschläge unterbreiten soll, wie global tätige Finanzunternehmen auf europäischer und internationaler Ebene besser kontrolliert werden können.

**12. Oktober:** Krisengipfel der Euro-Länder. Angesichts turbulenter Rettungsaktionen für Banken und dramatischer Markteinbrüche vermitteln die französische Ratspräsidentschaft und die Kommission auf dem Sondergipfel der Euroländer in Paris eine Vereinbarung über gemeinsame Maßnahmen. In die Vorbereitung ist auch Großbritannien einbezogen worden. Die Staats- und Regierungschefs einigen sich auf einen gemeinsamen Rettungsplan, um ein einheitliches Vorgehen sicherzustellen.

**13. Oktober:** Beginn der Umsetzung des Rettungsplans der Euro-Länder. Dieser beinhaltet staatliche Übernahme von Anteilen an Banken mit dem Ziel, der Finanzbranche wieder zur Zahlungsfähigkeit (Liquidität) zu verhelfen. Außerdem werden Bürgschaften für Kreditgeschäfte zwischen Banken in Aussicht gestellt, damit der Geldfluss erneut in Schwung kommt. Die Märkte reagieren positiv, jedoch mit verbleibenden, großen Schwankungen. Die Kommission legt Leitlinien für Rettungspakete vor, die Empfehlungen enthalten, wie Mitgliedsstaaten unfaire Wettbewerbsbedingungen durch Begünstigung bestimmter Finanzinstitute vermeiden können.



**15. Oktober:** Die EU-Staats- und Regierungschefs verabschieden einstimmig den gemeinsamen Rettungsplan, der auf dem Krisengipfel der Euro-Länder ausgearbeitet worden ist. Der Plan sieht vor, dass in allen EU-Ländern künftig milliardenschwere Garantien und die Teilverstaatlichung von Banken möglich sind. Die EU-Spitzen fordern ein besseres Regulierungssystem für die Finanzmärkte. Der Kommissionspräsident Barroso erklärt hierzu: „Wenn wir nicht die nötigen Reformen durchführen, steht die Welt möglicherweise bald wieder vor einer Krise wie der jetzigen.“ Die Kommission schlägt überdies vor, spätestens bis 2009 die laut EU-Recht durch sog. Einlagesicherungsfonds gedeckten Spareinlagen von derzeit mind. 20.000 Euro auf mind. 100.000 Euro zu erhöhen. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten wollen in einem Zwischenschritt diesen Betrag zunächst auf 50.000 Euro erhöhen.

**18. Oktober:** Einigung über Weltfinanzgipfel. Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso und EU-Ratspräsident Nicolas Sarkozy sprechen mit US-Präsident George W. Bush über die Wirtschaftsturbulenzen. Sie vereinbarten die Einberufung eines Weltfinanzgipfels für den 15. November.

**29. Oktober:** Mitteilung der EU-Kommission zur wirtschaftlichen Erholung: In einem dreiteiligen Konzept fordert die Kommission eine neue europäische Architektur für die Finanzmärkte, Anstrengungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Ankurbelung des Wachstums und eine weltweite Reaktion auf die Krise.

**03. November:** Herbstprognose der EU-Kommission: Die Kommission korrigiert ihre Wirtschaftsprognose nach unten und erwartet einen starken Rückgang des Wachstums in 2008, fast gar kein Wachstum für 2009, bis es 2010 zu einer allmählichen Erholung kommen soll.

**07. November:** EU einigt sich auf gemeinsame Linie für den anstehenden Weltfinanzgipfel in Washington. „Wir haben eine sehr umfassende Diskussion gehabt, und ich kann sagen, dass es einen sehr detaillierten Standpunkt Europas gibt“, kommentiert Sarkozy die Ergebnisse. Die EU will beim Weltfinanzgipfel eintreten für

- mehr Transparenz bei Finanzgeschäften
- einheitliche Bilanzierungsregeln, um Wettbewerbsnachteile für europäische gegenüber US-amerikanischen Unternehmen zu vermeiden,
- eine lückenlose Kontrolle von Hedgefonds und Ratingagenturen sowie
- einen Verhaltenskodex für Bankmanager

Eine Überregulierung der Finanzmärkte soll es jedoch nicht geben.

## Ausblick

Erklärtes Ziel ist es, auf dem Gipfel in Washington mit einer Stimme zu sprechen. Man sei sich einig darüber, dass man ehrgeizige Entscheidungen auf dem Gipfel braucht. Die EU habe jetzt eine gemeinsame Vision für die Neuordnung des Weltfinanzsystems, so Sarkozy.

Bundeskanzlerin Angela Merkel kündigte an, die EU werde sich für transparentere Finanzinstrumente und Märkte sowie für eine neue Rolle des Internationalen Währungsfonds als starke Kontrollinstanz einsetzen.

Beim Weltfinanzgipfel beraten am 15. November die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer („G 20“) über die Zukunft des internationalen Finanzsystems und über strengere Regeln für Märkte. Aus Europa reisen die Regierungschefs von Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland in die amerikanische Hauptstadt. Die Europäische Union ist ebenfalls Mitglied der G 20, vertreten durch die EU-Ratspräsidentschaft und die Europäische Zentralbank. Weiterhin sind dort vertreten: Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei und die USA.



## ... Licht in den Finanzdschungel ...

**Konjunktur:** Bezeichnung für die Gesamtsituation einer Volkswirtschaft. Die wichtigste Messgröße ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also die Summe aller binnen eines Jahres produzierten Güter ... **Transparenz:** Durchschaubarkeit ... **Bilanzierung:** Abrechnung ... **Hedgefonds:** Investmentfonds mit hohem Risiko ... **Investmentfonds:** Form der Geldanlage, bei dem das Geld der Anleger in unterschiedlichen Anlagebereichen investiert wird. Durch diese Streuung soll das Verlustrisiko verringert werden ... **Ratingagentur:** Agentur, die (Finanz-)Unternehmen nach deren Effizienz in unterschiedlichen Bereichen einstuft ...